

Archiv

Archiv des Sozialdemokratischen

Partei Deutschlands Bonn

31. Juli 1964

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/144

Bonn, den 31. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Muster schlechter Finanz- und Steuerpolitik</u> Dargestellt am Beispiel der Telefongebühren Von Walter Seuffert, MdB	71
3	<u>Selbsttor</u> Rainer Barzel und die Europa-Politik der SPD	35
4	<u>Ein Leben für die Demokratie</u> Emil Gross - 60 Jahre	57
5	<u>"Hauptverwaltung Aufklärung" - Tarnkappe für Spione</u> Auslandsvertretungen der Sowjetzöche im Zwielficht Von Helmut Bärwald	54
6	<u>Bemerkenswerte Anregung aus Japan</u> "Fernschule" für geistig zurückgebliebene Kinder Sondersendungen für Hörgeschädigte und Taube	50

* * * * *

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 170

Telefon: (0 22 21) Geschäftsführung 2 19 01, App. 319 • Redaktion: 2 18 33 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Muster schlechter Finanz- und Steuerpolitik

Dargestellt am Beispiel der Telefongebühren
Von Walter Seuffert, MdB.

Die Erhöhung der Telefongebühren ist ein Musterbeispiel für eine Finanzpolitik, die darin besteht, ohne wirkliche Planung bei der Aufstellung der Haushalte die bestehenden Probleme so weit und so lange wie möglich zu ignorieren; sie ist gleichzeitig ein Beispiel für unsoziale Haltung der Regierung und der sie tragenden Parteien in der Steuerpolitik.

Die Post braucht Geld, um ihre Leistungen für die Staatsbürger aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln, in diesen Leistungen besteht ihr Zweck - das ist unbestritten. Ihr Eigentümer, der Bund, müßte also das Geld beschaffen; statt dessen verlangt er von ihr eine **A b l i e f e r u n g** von rund fünfhundert Millionen DM, die einen Betriebsüberschuß der Post voraussetzt, der längst nicht mehr vorhanden ist. Mit dieser Ablieferung werden dem Bundshaushalt Mittel zugeführt, die sonst durch Steuern aufzubringen wären. Deswegen besteht man auf der Ablieferung, obwohl sie schlechterdings nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Gleichzeitig werden Steuersenkungen vorgenommen, weil sie bei den kleinen und den mittleren Einkommen einfach notwendig sind und die Steuerverwaltung entlastet werden muß. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat auf diese Notwendigkeit schon lange vor der Regierung hingewiesen und ihre Anträge vorgelegt; sie hat dabei aber auch die Erfordernisse des Staatshaushalts und die vorausgesehene Konjunktorentwicklung berücksichtigt und deswegen Steuermaßnahmen vorgeschlagen, die den Ausfall für die öffentlichen Haushalte teilweise decken und die aus den gleichen Gründen der Steuergerechtigkeit zwingend sind, die für die Steuersenkungen bei den **k l e i n e n** Einkommen gelten.

* Es handelt sich darum, daß die **g r o s s e n** Einkommen
* durch die Abzugsfähigkeit der Vermögenssteuer für ihr Ver-
* mögen fast nur halb soviel Steuern zahlen wie durchschnitt-

- * liche Einkommen - ein Zustand, der soeben durch die Experten-
- * kommission des Finanzministeriums selbst als unhaltbar be-
- * stätigt wurde.
- * Es handelt sich weiter um eine Erhöhung der Steuer auf die
- * Ausschüttungen der Aktiengesellschaften,
- * wodurch insbesondere den Steuervorteilen der ausländischen
- * Holdinggesellschaften ein Riegel vorgeschoben würde - was
- * ebenfalls das Bundesfinanzministerium in seinem Bericht
- * über die Möglichkeiten der Steuerflucht bestätigen mußte.
- * Und es handelt sich schließlich um eine maßvolle Erhöhung der
- * Spitzensätze für persönliche Einkommen, die mehr
- * als hunderttausend DM im Jahr betragen.

Die Bundesregierung ist sich über die Notwendigkeit der Steuererhöhungen für die kleineren Einkommen mit der Opposition im wesentlichen einig. Sie glaubt sogar, über die Vorstellungen der Opposition eher noch hinausgehen zu können; freilich nicht bei den wirklich kleinen Einkommen, die sie schlecht er behandeln will. Die Regierung hält aber die ausgleichenden Maßnahmen bei den großen Vermögen und den Ausschüttungen der großen Gesellschaften nicht für angebracht und nicht für erforderlich. Das ändert aber nichts daran, daß diese Maßnahmen, auch abgesehen von der finanziellen Frage, einfach aus Gründen des Steuersystems und der Steuergerechtigkeit unabweislich sind.

- * Unter keinen Umständen kann man jedoch der Bundesregierung
- * den Einwand abmahnen, für die Post und andere dringende Auf-
- * gaben sei "kein Geld" vorhanden, das Geld müsse also durch
- * Gebührenerhöhungen beschaffen werden - wenn sie sich wei-
- * gert, den Ausgleich durch Steuermaßnahmen vorzunehmen, die
- * ohnehin durchgeführt werden müssen.

Angesichts der gesetzlichen Monopolstellung der Post und der Tatsache, daß der Staatsbürger, als Beteiligter an der Wirtschaft und als Privatmann, auf die Leistungen der Post praktisch nicht verzichten kann, ist die Erhöhung der Fernsprechgebühren nichts anderes als eine Steuererhöhung, die an die Stelle des Steuerausgleichs bei den großen Einkommen und Vermögen und bei den Ausschüttungen der großen Gesellschaften treten soll, gegen den sachliche Gründe gar nicht vorzubringen sind.

Die öffentlichen Lasten lieber auf die vielen schwachen Schultern abwälzen, als auf die wenigen starken: das ist die wirkliche Maxime der Bundesregierung seit 1949 immer gewesen, und das ist sie noch heute!

Selbsttor

Rainer Barzel und die Europa-Politik der SPD

FB - Wäre es in der Telefondebatte nicht untergegangen, dann hätten sicherlich mehr davon Kenntnis erhalten, was der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Rainer Barzel, seinen Mannen in der Fraktionssitzung am 29. Juli 1964 verkündet hat.

Es sei ihm geschenkt, daß er die schweren Richtungskämpfe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion um die Europa-Politik als das gute Recht der CDU/CSU bezeichnet, über die einzelnen Schritte zu diskutieren. Je größer die Uneinigkeit, desto lauter immer die Beteuerung, in welchem Freinut man diskutieren könne. Ganz zu passen scheint das Dr. Barzel aber auch nicht, sonst hätte er nicht aufgeseufzt, man solle doch "weniger laut" debattieren.

Festgehalten werden soll, was er über die Europa-Politik der SPD gesagt hat: "Angesichts der stupiden Einfallslosigkeit der SPD", so meinte Herr Barzel wörtlich, "ist es nicht verwunderlich, daß die CDU/CSU so diskutieren muß".

Na, endlich, jetzt haben wir den Schuldigen. Dr. Barzel hat nur vergessen, daß er wenige Tage zuvor im "Deutschland Union-Dienst" in einer grundsätzlichen Stellungnahme für seine Fraktion erklärt hatte, er stimme im großen und ganzen der Präsidiums Erklärung der SPD zur Europa-Politik zu.

Ja, was denn? Stimmt er also der "stupiden Einfallslosigkeit" zu? Die SPD hat ihre Europa-Politik im Februar auf einem Kongreß in Bad Godesberg entwickelt. Die einstimmig vom Moanet-Komitee verabschiedete Deklaration zur Europa-Politik trägt weitgehend die Handschrift der SPD. Auch ihr stimmte Dr. Barzel zu. War das auch "stupid-e Einfallslosigkeit"?

Die SPD weiß, was sie will. Die CDU/CSU sträubt sich, und ob die Regierung etwas zustande bringt, wird sich im Herbst erweisen. Was bis dahin aber auf keinen Fall geschehen wird, ist, daß die SPD, um der CDU/CSU zu helfen, ihre Linie aufgibt. Herr Dr. Barzel mag das "stupid-e" finden. Im Grunde genommen zeigt das nur, wie schwach das Nervenköstüm der führenden CDU/CSU-Politiker geworden ist, wenn selbst ein so geschickter Debatter wie Dr. Barzel solche Selbsttore schießt. Die SPD ruft nicht einmal "Poul", denn wer durch Selbsttore die Partie unbedingt verlieren will, den soll man daran nicht hindern.

31. Juli 1964

Emil Gross - 60 Jahre

tz - Sein sechzigstes Lebensjahr vollendet am 6. August 1964 der Verlagsleiter der Bielefelder "Freien Presse" und langjährige Bezirksvorsitzende der SPD für Ostwestfalen-Lippe, MdL Emil G r o s s . Er wird zu den vitalsten Persönlichkeiten des politischen Lebens gerechnet und gilt auf dem Gebiete von Presse, Rundfunk und Fernsehen als ideenreicher, tatkräftiger Experte. Im Kampf für die freiheitliche Demokratie nahm er in Deutschlands dunkelster Zeit härteste Opfer auf sich.

Schon während seiner kaufmännischen Lehre wurde Emil Gross von der Politik angezogen. Wegen besonderer Eignung mit den Aufgaben eines Jugendsekretärs betraut, zeigten sich bald eine ausgeprägte organisatorische Begabung und ein wacher Sinn für die politischen Aufgaben der Zeit. Nachdem Emil Gross die Hochbegabtenprüfung erfolgreich abgelegt hatte, wandte er sich 1930 dem Hochschulstudium zu und belegte das Fach Staatswissenschaften an der Universität Berlin. Es blieb nicht aus, daß die Fähigkeiten des jungen Studenten die Aufmerksamkeit der politischen Freunde auf sich zogen, und so wurde Emil Gross bald zum Vorsitzenden des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes gewählt.

Im April 1933 wurde Emil Gross von der Gestapo verhaftet. Durch glückliche Umstände vorübergehend frei gekommen, konnte er sich nur durch die Emigration nach Holland dem erneuten Zugriff der braunen Mächtigsten entziehen. In Amsterdam gab er die erste Emigrantenzeitung unter dem Titel "Freie Presse" heraus, die in Deutschland nach dem Verbot aller dortigen freiheitlich gesinnten Zeitungen illegal verbreitet wurde. Im April 1941 spürte ihn die Gestapo wiederum auf, Emil Gross wurde von Staatsgerichtshof in Hamm trotz mangelhafter Beweise zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Den Zusammenbruch des Hitlerregimes überlebte er als Zwangsarbeiter auf einer KZ-Außenstelle in der Nähe seiner Heimatstadt.

Als einer der ersten war Emil Gross beim Wiederaufbau dabei. Die "Freie Presse" entstand von neuem, diesmal fester fundiert als seinerzeit in Holland. Unter seiner tatkräftigen Leitung und der Mithilfe seiner Freunde wurde sie zur größten Tageszeitung des Bielefelder Raumes. Das hohe Ansehen, das Emil Gross in Verlegerkreisen fand, führte dazu, daß ihm bedeutende Positionen in den Organisationen der Presse übertragen wurden. Noch heute ist er Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger und ihr Vertreter in den internationalen Gremien. Er gehört dem Aufsichtsrat von Gpa an, wurde in den Rundfunkrat des WDR Köln und später in den Fernschrat des ZDF in Mainz gewählt, auf kommunalpolitischem Gebiet langjähriges Ratsmitglied seiner Vaterstadt Bielefeld, im politischen Bereich Abgeordneter des Landtages von Nordrhein-Westfalen und dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD, vor allem aber in den Aufgabengebieten seines heimischen Bezirks entwickelte Emil Gross eine Aktivität, die es fast unglaublich erscheinen läßt, daß er nun in das sicbte Lebensjahrzehnt geht. Aber er hat ein Lebenselixier: das Jugendfreizeitwerk "Neuland", seine Schöpfung. Im schönsten Lage am Teutoburger Wald gelegen, ist diese einzigartige Begegnungsstätte der Jugend - ein Millikronobjekt - zugeschnitten auf moderne Nachwuchsschulung. Emil Gross hat die Genugtuung, daß die Behauptung, die Jugend sei politisch desinteressiert, für die Veranstaltungen auf "Neuland" nicht zutrifft. Die Jugend aller Schichten - ob Berufsschüler oder Student oder angehender Pfarrer - nutzt die hier gegebene Möglichkeit, sich ohne Scheuklappen eine eigene politische Meinung zu bilden.

In all seinen vielfältigen Wirken steht Emil Gross, der auch in seinem persönlichen Lebensstil als bescheiden gilt, stets hinter der Sache zurück. Das wissen alle zu werten; die ihm weit über seinen engen Wirkungskreis hinaus zu seinem Geburtstag Dank und herzliche Wünsche für sein weiteres Schaffen darbringen.

"Hauptverwaltung Aufklärung" - Tarnkappe für Spione

Von Helmut Bärwald

Das in letzter Zeit verstärkte Buhlen der sowjetischen Regierung und SED-Führung im nichtkommunistischen oder neutralen Ausland um Anerkennung der "DDR" als "Deutscher Staat", lenkt den Blick des kundigen Beobachters immer wieder auf die offiziellen Aufgaben der Zonen-Handelsvertretungen, Kulturdelegationen usw. und auf die inoffizielle Geheimdiensttätigkeit vieler - oft leitender - Mitarbeiter solcher Institutionen.

Nach Beendigung des Krieges intensivierten die Sowjets ihre Spionage- und Infiltrationstätigkeit vor allem in den nichtkommunistischen, in Bündnissen der freien Welt engagierten, in neutralen Ländern und seit Jahren in den jungen Staaten Asiens und Afrikas. Die sowjetischen Satelliten ahnten ihren Meistern diese Art "diplomatischer" Tätigkeit sehr schnell nach und bauten ihre Botschaften, Konsulate, Handelsmissionen und ähnliche Vertretungen zu Unschlagplätzen für durch Spionage im Gastland gewonnene Informationen und für aus dem Heimatland kommende Aufträge an Agenten und Informanten aus.

Das Wissen um den Mißbrauch sowjetzonaler Handelsvertretungen und ähnlicher Einrichtungen für Zwecke der Spionage und der politischen Zersetzungsarbeit, gehört heute zu den "offenen Geheimnissen" in den Archiven der Abwehrapparate vieler nichtkommunistischer Staaten. Diese Erkenntnisse werden durch Aussagen einer Reihe "abgesprungener" Agenten oder Agentenführer der "Hauptverwaltung Aufklärung" des sowjetzonalen Ministeriums für Staatssicherheit belegt und erhärtet.

Es gibt aus den vergangenen Jahren eine Fülle von solchen Beweisen über die Tätigkeit sowjetzonaler Geheimdienstagenten, die unter der Tarnkappe eines Angestellten des zonalen Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel bei irgendeiner Handelsmission der "DDR" tätig waren. In allen bekanntgewordenen Fällen durchliefen die als "Handelsvertreter" getarnten Spione und Agenten eine gründliche technische und politische Schulung. Nach ihrer Ausbildung werden solche Mitarbeiter der KfS-Hauptverwaltung Aufklärung als offizielle Angehörige einer sowjetzonalen Handelsvertretung ins Ausland geschickt. Die ihnen erteilten Aufträge sind vielfältiger Art: politische, wirtschaftliche und militärische Spionage; Anwerbung einheimischer Agenten und - in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas - eine ständige Beobachtung des Einflusses westlicher Länder in allen Lebensbereichen. Der zuletzt genannte Arbeitsbereich der sowjetzonalen Spione im Ausland führt nach der Auswertung der gesammelten Nachrichten und der daraus gewonnenen Erkenntnisse unmittelbar zu einem anderen wichtigen Bereich der Auslandsarbeit der Sowjetzone: zur Propaganda und politischen Infiltration. Die Entwicklung in der "DDR", das Leben in Mitteleuropa und die "Friedensliebe" der Zonenregierung werden in den rosigen Farben geschildert. Die Berichterstattung über die Bundesrepublik dagegen ist völlig verzerrt. In übler Schwarz-Weiß-Malerei wird die Bundesrepublik in der für das Ausland bestimmten Publikationen als Hort des Imperialismus, des Faschismus, des Militarismus und anderer böser Ismen dargestellt. Das Hauptziel dieser Propagandainfiltration im Ausland ist, den Einfluß der Bundesrepublik zu schwächen, freundschaftliche Beziehungen zu stören und den Eindruck zu erwecken, daß die "DDR" der einzig rechtmäßige deutsche Staat sei. - In jedem Falle haben es unsere Auslandsvertretungen mit einem Gegner zu tun, der zwar meist "nur" über Handelsvertretungen verfügt, die jedoch Mitarbeiter beherbergen, die entweder als Spione oder als politische Agenten ganze Arbeit zu leisten vermögen.

Bemerkenswerte Anregung aus Japan

"Fernsehschule" für geistig zurückgebliebene Kinder
Sondersendungen für Hörgeschädigte und Taube

H.B. - Eine bemerkenswerte Nachricht, von der man nur wünschen kann, daß sie in den deutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten beachtet wird, ist über die Nationale Kommission der UNESCO aus Japan gekommen: Seit April dieses Jahres läuft im Fernsehen des fernöstlichen Inselreiches eine Programmsreihe, die für geistig zurückgebliebene Kinder und Jugendliche - im Volksschulalter und darüber - bestimmt ist. Diese Sendungen sollen in ihnen den Wunsch wecken, sich ihrer Umwelt anzupassen und etwas Nützliches zu lernen.

Die neuen Programme sollen eine Lücke im japanischen Erziehungssystem füllen, der man sich in den letzten Jahren immer mehr bewußt wurde. Eine Erhebung des Erziehungsministeriums im Jahre 1963 ergab, daß in Japan 768 000 geistig zurückgebliebene Kinder zwischen sechs und fünfzehn Jahren leben. Nur 7,24 Prozent von ihnen besuchen Sonderklassen oder Sonderschulen, obwohl 92 Prozent von einem solchen Unterricht angesprochen werden könnten. Die Versuchssendungen des japanischen Fernsehens für diese Kinder begannen Ende 1962. Autoren und Mitarbeiter waren Pädagogen, Ärzte und Psychologen. Bevor das Programm auf den gesamten Sendebereich ausgedehnt wurde, hat man die Reaktionen von 100 Versuchsklassen ausgewertet. Offensichtlich waren die Resultate überaus positiv, was aus der generellen Einführung der Sondersendungen zu schliessen ist.

Übrigens gibt es in Japan auch ein parallel laufendes Programm des Rundfunks, das jeweils samstags gesendet wird, und sich an die Eltern der betroffenen Kinder wendet. Dieses Programm hat bewirkt, daß viele Eltern, die bisher für das Gebrechen ihres Kindes kein Verständnis hatten und es aus falscher Scham vor der Umwelt verborgen hielten, für die modernen Möglichkeiten einer heilpädagogischen Behandlung aufgeschlossen wurden. Bemerkenswert ist auch noch ein weiteres Sonderprogramm des Rundfunks, das wöchentlich "Nachrichten für die Blinden" bringt; ein an Sonntagen ausgestrahlter Fernsekkurs richtet sich an die Hörgeschädigten und an die Tauben.

Ob die japanischen Anregungen auch bei uns als praktikabel erscheinen, kann natürlich nicht ohne weiteres gesagt werden. Gewiß ist das Sonderschulwesen im Bereich der Heilpädagogik bei uns weiter ausgebaut als in Japan, aber ein Gespräch der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten (ARD) mit führenden Vertretern der Heilpädagogik könnte durchaus sinnvoll sein. Vielleicht auch deshalb, um einer breiteren Öffentlichkeit, um vor allem auch den normal begabten Kindern deutlich zu machen, daß die Zurückgebliebenen in den Sonderschulen nicht des Hohns, des Spotts oder des Mitleids, sondern der Mithilfe und des Verständnisses bedürfen. Die japanischen Pädagogen und die Verantwortlichen von Funk und Fernsehen haben offenbar erkannt, daß sich ihnen hier vor allem eine humanitäre und soziale Aufgabe stellt, die ihr Ziel vor allem auch in einer sinnvollen Einbeziehung der psychisch oder physisch Benachteiligten in das Arbeitsleben sieht.

Tage Erländer, Schwedens Ministerpräsident, erklärte im Vorjahr vor dem Weltkongreß der Taubstummten in Stockholm: "Ein Staat hat erst dann das Recht, sich Wohlfahrtsstaat zu nennen, wenn er auch diese Menschen als vollwertige Persönlichkeiten in das Leben der Gesamtheit einbezieht."